

(Subjektive) Erfahrungen im Berufskontext und das Erstarken rechtspopulistischer Deutungsmuster

von Bettina Kohlrausch¹

Ausgangspunkt

Vor dem Hintergrund des starken Abschneidens der AfD bei der letzten Bundestagswahl stellt sich die Frage, wie es zu erklären ist, dass eine rechtspopulistische Partei einen solchen Zuspruch erfahren konnte. In Abgrenzung zu gängigen Erklärungsmustern, werde ich im Folgenden argumentieren, dass die Wahl dieser rechtspopulistischen Partei auch der Ausdruck von sozialen Unsicherheiten ist, die aus der digitalen Transformation der Arbeitswelt resultieren.

In der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte existieren unterschiedliche Einschätzungen darüber, welche Bedeutung Erfahrungen sozialer Ausgrenzung für die Entscheidung, AfD zu wählen, haben und in welchem Verhältnis diese zu kulturellen Faktoren, wie der Ablehnung von Migrationsprozessen stehen (vgl. für unterschiedliche Positionen z.B. Lux 2018, Lengfeld 2017). Bezugspunkt des „kulturellen“ Erklärungsversuchs ist die empirische Erkenntnis, dass die AfD auch von Personen gewählt wurde, die nicht von sozialer Ausgrenzung bedroht sind (Hilmer, Kohlrausch et al. 2017, Lengfeld 2017, Bergmann, Diermeier et al. 2016). Der Befund, dass die AfD, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, von allen gesellschaftlichen Milieus gewählt wurde, befeuert das Argument, dass der Erfolg dieser Partei bei den letzten Bundestagswahlen nicht mit der sozialen Lage der jeweiligen Wähler/innen erklärt werden könne. Statt einer sozialen Spaltung sei vor allem eine kulturelle Spaltung des Landes Ursache für das Erstarken der AfD. Die Stimmengewinne der AfD bei der Bundestagswahl 2017 spiegelten somit eine Art Kulturkampf um die Errungenschaften gesellschaftlicher Modernisierung, wie zum Beispiel die

Gleichberechtigung von Homosexuellen oder einen zunehmenden Multikulturalismus und Kosmopolitismus. Im Kontext dieses Kulturkampfes wird auch die Ablehnung der Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel verortet. So konstatiert Lengfeld (2017b) auf Spiegel Online über AfD-Wähler/innen: „Es geht ihnen um die grundsätzliche Frage, wie die Gesellschaft und das Land in Zukunft aussehen sollen. Wir haben es mit einer offenbar nicht geringen Minderheit der Bevölkerung zu tun, die die kulturellen Veränderungen der vergangenen Jahre zutiefst ablehnt“. Empirisch lässt sich eine wachsende Ablehnung kultureller Modernisierungsprozesse jedoch nicht belegen. Befunde zur Verbreitung von Sexismus oder der Abwertung Homosexueller zeigen, dass diese im Zeitvergleich auf einem niedrigen Stand sind. Auch die Fremdenfeindlichkeit ist vergleichsweise niedrig (vgl. Zick, Krause et al. 2016).

Gleichzeitig haben jedoch eine Reihe von Analysen einen Einfluss von sozialstrukturellen Merkmalen, wie Bildung, Einkommen und Berufsstatus nachgewiesen (Lux 2018; Hilmer, Kohlrausch et al. 2017). Gleichzeitig ist der Einfluss dieser Merkmale der „objektiven sozialen Lage“ aber komplex. So zeigen Hillmer Kohlrausch et al. (2017), dass auch höhere Einkommensgruppen signifikant häufiger AfD wählen als mittlere Einkommensschichten. Akademiker/innen wählen seltener AfD – aber es macht statistisch keinen Unterschied, ob eine Person keinen Schulabschluss, einen Haupt- oder Realschulabschluss hat. Für das Einkommen und Bildung gilt, dass es keinen linearen Effekt zwischen dem entsprechenden Merkmal und der AfD-Präferenz gibt. Die Formel „je abgehängter desto größer die Affinität zu rechtspopulistischen Deutungsmustern“ gilt in dieser Einfachheit nicht. Dies ist jedoch die Deutung jener, die im Aufstieg der AfD vor allem ein Aufbegehren der sogenannten Modernisierungsverlierer/innen sieht. Zentrale Annahme der Modernisierungsverliererthese ist, dass vor allem ein-

¹ Dr. Bettina Kohlrausch ist Professorin für Bildungssoziologie an der Universität Paderborn mit Schwerpunkten in der Berufsbildungs-, Arbeitsmarkt- sowie Lebenslauforschung und der Erforschung rechtspopulistischer Einstellungsmuster.

kommensschwache Bevölkerungsgruppen und solche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen dazu tendieren, rechtspopulistische Parteien zu wählen. Diese seien aufgrund der Globalisierung zunehmend von Wohlstandsverlusten betroffen und fühlten sich in ihren Belangen in öffentlichen Diskursen nicht mehr angemessen vertreten (vgl. Streek 2017, Nachtwey 2016, Eribon 2016, kritisch Lengfeld 2017): „Was aus der politischen Repräsentation und den kritischen Diskursen verschwand, war nicht nur die Arbeiterbewegung mit ihren Kämpfen und Traditionen, es waren die Arbeiter selbst, ihre Kultur, ihre spezifischen Lebensbedingungen, ihre Hoffnungen und Wünsche“ (Eribon 2016: 55). Die Wahl rechtspopulistischer Parteien ist in dieser Lesart vor allem als Protest, oder, wie Eribon (2016) es formuliert, als ein „Akt der Notwehr“ unterprivilegierter Schichten zu verstehen, um sich und ihren sozialen Interessen öffentlich Gehör zu verschaffen. Rechtspopulismus sei somit eine neue Form von Kollektivierung, die die Lücke füllt, die traditionelle Sprachrohre der Arbeiterschaft, wie zum Beispiel die Sozialdemokratie, hinterlassen haben.

Wie schon dargestellt, ist Rechtspopulismus aber nicht nur ein Phänomen, das die sogenannten Modernisierungsverlierer/innen betrifft. Dies bestätigen auch Analysen der letzten Bundestagswahl im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, die zeigen, dass die AfD von allen gesellschaftlichen Milieus gewählt wurde. Zwar war die Zustimmung im prekären Milieu mit 28 Prozent am größten, aber auch im konservativ-etablierten Milieu kam die AfD auf einen Wähler/innenanteil von 10 Prozent.

Eine weitere Erklärung für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien findet sich in der Annahme, dass nicht soziale Ausgrenzung, sondern soziale Unsicherheit (Statusängste) ein wesentlicher Treiber der Präferenz für rechtspopulistische Parteien ist. Es geht also nicht nur um die reale Erfahrung sozialer Ausgrenzung, sondern eher um soziale Verunsicherung, die nicht nur in den unteren Bildungs- und Einkommensschichten zu finden ist, sich aber durchaus aus konkreten materiellen und/oder sozialen Erfahrungen speist. Für diese Deutung sprechen die Befunde von Hilmer, Kohlrausch et al.

(2017) die zeigen, dass neben der tatsächlichen sozialen Position eigene Abstiegsbefürchtungen und vor allem Abstiegsängste in Bezug auf die Zukunft dazu führen, dass Menschen AfD wählen oder es grundsätzlich in Erwägung ziehen. Allerdings ist die subjektive Wahrnehmung der eigenen sozialen Position nicht nur über die aktuelle objektive soziale Lage (Einkommen, Bildung und Berufsposition), sondern auch über eigene Auf- und Abstiegsbefürchtungen und -ängste vermittelt. Hierfür sind Erfahrungen im Arbeitskontext von zentraler Bedeutung: Menschen, die den Aussagen „durch die Digitalisierung wird die Überwachung und Kontrolle meiner Arbeitsleistung immer größer“, „ich stecke in unsicheren Billigjobs fest“, „dass ich für meinen Arbeitgeber leichter erreichbar bin, bedroht mein Privatleben“ zustimmen, wählen häufiger AfD. Umgekehrt wählen Personen, die den Aussagen „durch neue Technologien wird meine Arbeit weniger anstrengend“ und „der technische Wandel sichert meinen Arbeitsplatz“ signifikant seltener AfD. Zusammenfassend lassen sich diese Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass insbesondere der technische Wandel Ängste in Bezug auf die Sicherheit und Planbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie schürt.

Ausmaß und Ursachen von Abstiegsängsten

In Abgrenzung zu Lengfeld, der Abstiegsangst ausschließlich über die Angst vor Arbeitslosigkeit definiert, betont Kohlrausch (2018), dass Abstiegsängste verschiedene Dimensionen haben: Dazu gehören die Ängste um die Arbeitsplatzsituation ebenso wie die Sorge um die kurzfristige und langfristige Verschlechterung der individuellen finanziellen Situation oder des generellen Lebensstandards. Diese Dimensionen haben Überschneidungen, sind aber nicht deckungsgleich und betreffen unterschiedlich weite Teile der Bevölkerung. Abstiegsängste reichen bis weit in die Mittelschichten hinein und betreffen auch Personen mit einem relativ hohen Nettoeinkommen (Kohlrausch 2018): Im Dezember 2016 machten sich ca. 25 Prozent der Befragten große oder sehr große Sorgen um ihre Arbeitsplatzsituation. 39 Prozent der befragten Personen gaben an, sich große oder sehr große Sorgen um die

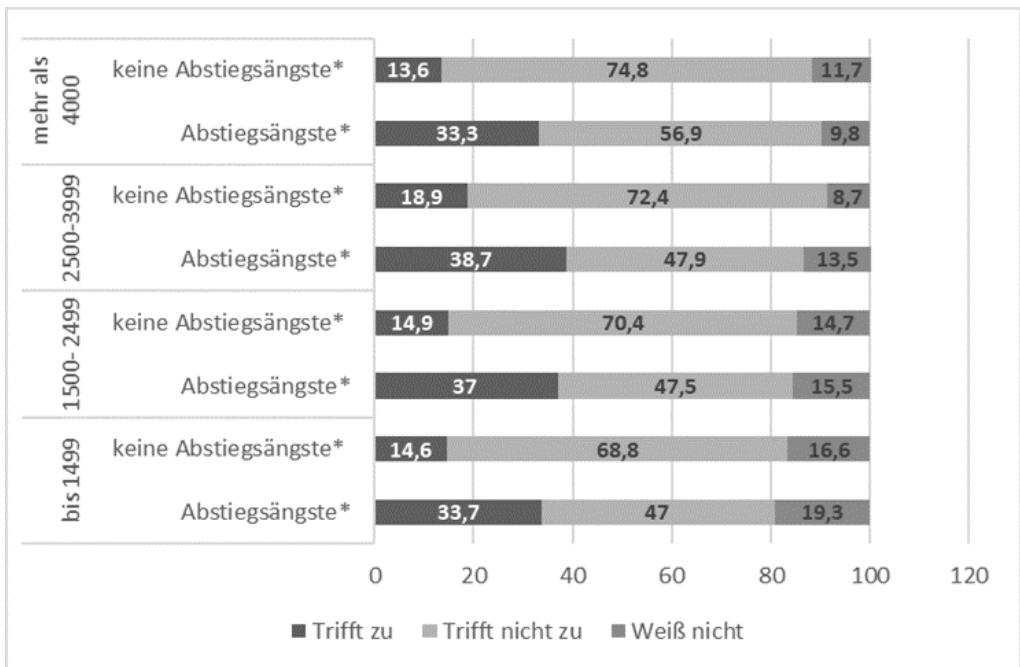
eigene finanzielle Situation zu machen. 20 Prozent gingen davon aus, dass sich ihre finanzielle Situation innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre etwas oder deutlich verschlechtern wird. 49 Prozent machten sich Sorgen oder große Sorgen um ihre finanzielle Situation im Alter. Knapp 47 Prozent sagten, dass die Aussage „Ich befürchte meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können“ eher zutrifft.

Um zu verstehen, warum die AfD bei der letzten Bundestagswahl einen solchen Zuspruch erfahren konnte, ist es daher wichtig, detailliert zu analysieren, aus welchen Erfahrungen soziale Verunsicherung und Ängste vor dem sozialen Abstieg speisen. Diese Aspekte werden im Folgenden auf Grundlage eines Datensatzes untersucht, der von policy matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erhoben wurde. Die repräsentative Erhebung von 4892 wahlberechtigten Personen wurde als Online-Panel-Erhebung angelegt. Die Befragung wurde

im Dezember 2016 durchgeführt (vgl. Hilmer, Kohlrausch et al. 2017). Als eine mögliche Ursache für das Erstarken des Rechtspopulismus wird immer wieder das Gefühl eines generellen Kontrollverlustes thematisiert (Hilmer, Kohlrausch et al. 2017). Im Kontext dieser Überlegung zeigt **Abbildung 1**, dass Personen die der Aussage „Über mein Leben wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ zustimmen, in allen Gehaltsgruppen häufiger Abstiegsängste haben. Dies spricht dafür, dass sich Abstiegsängste auch aus dem Gefühl speisen, den Unsicherheiten, die gesellschaftliche Veränderungen wie Digitalisierung oder Globalisierung mit sich bringen, schutzlos ausgeliefert zu sein. Sie sind nicht zuletzt Ausdruck des Gefühls, die Kontrolle über die Gestaltung des eigenen Lebens verloren zu haben. Diese Angst zieht sich durch alle Gehaltsgruppen.

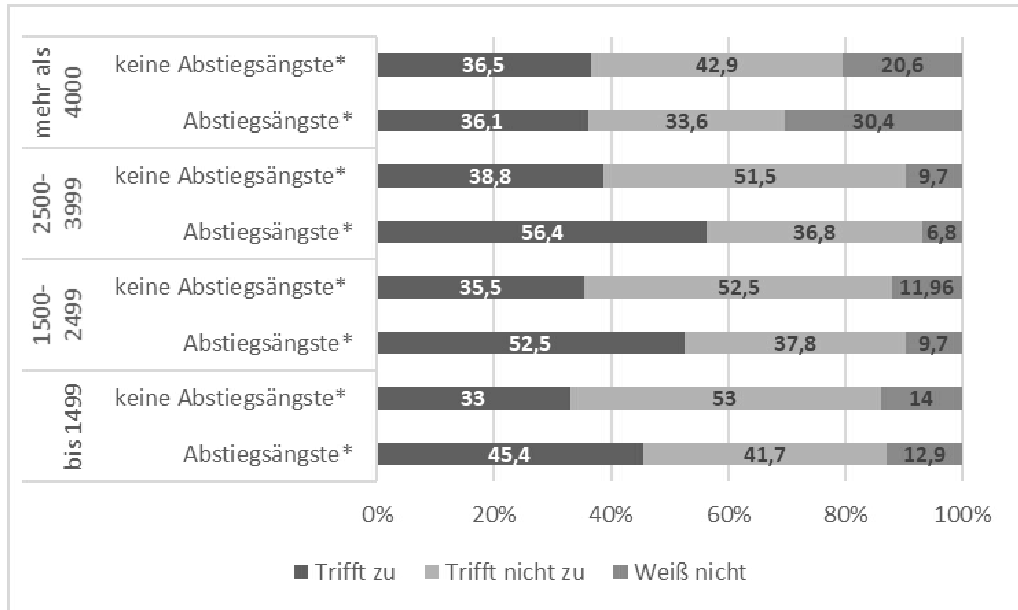
Exemplarisch wird am Beispiel des Gefühls einer wachsenden Kontrolle am Arbeitsplatz in

Abbildung 1: Abstiegsängste und Zustimmung zu der Aussage „Was mit mir passiert wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ nach Gehaltsgruppen, Angaben in Prozent



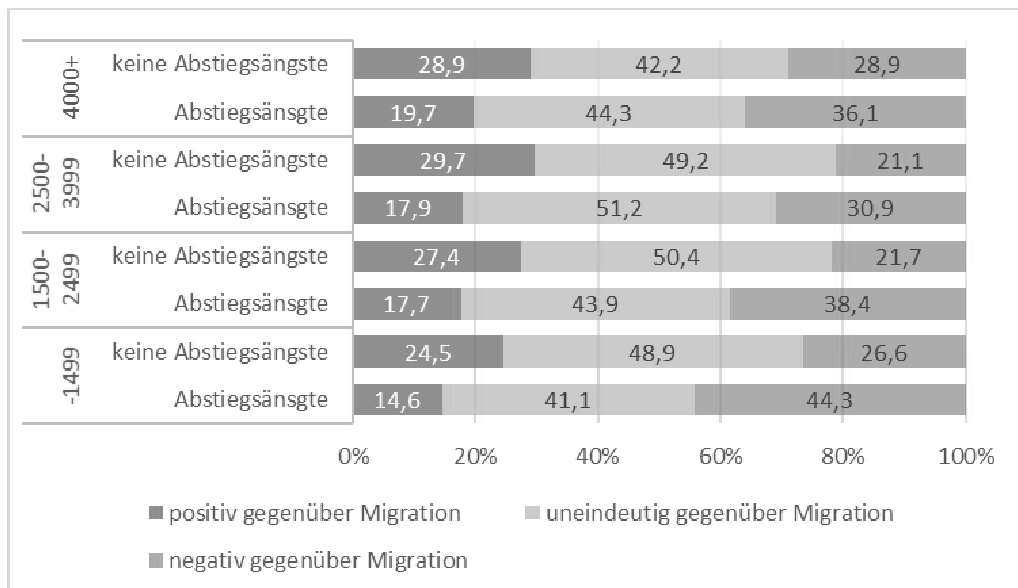
Quelle: Online-Erhebung von pmg – policy matters (2017), eigene Darstellung. N= 2958; Personen ohne Einkommen und ohne Angabe nicht ausgewiesen. *Abstiegsängste definiert als Zustimmung zu der Aussage „Ich befürchte meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können.“

Abbildung 2: Abstiegängste und Zustimmung zu der Aussage „Durch die Digitalisierung wird die Kontrolle und Überwachung an meinem Arbeitsplatz immer größer“ nach Gehaltsgruppen, Angaben in Prozent



Quelle: Online-Erhebung von pmg – policy matters (2017), eigene Darstellung.
 N= 2958; Personen ohne Einkommen und ohne Angabe nicht ausgewiesen. *Abstiegängste definiert als Zustimmung zu der Aussage „Ich befürchte meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können.“

Abbildung 3: Abstiegängste und Zustimmung bzw. Ablehnung von Migration nach Gehaltsgruppen, Angaben in Prozent



Quelle: Online-Erhebung von pmg – policy matters (2017), eigene Darstellung.
 N= 4582; Personen ohne Einkommen und ohne Angabe nicht ausgewiesen. Abstiegängste definiert als Zustimmung zu der Aussage „Ich befürchte meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können.“

Abbildung 2 zeigt, dass diese Aussagen auch stark mit Abstiegsängsten korrelieren.

In einem letzten Schritt soll nun untersucht werden, in welchem Zusammenhang die Ablehnung von Migration, das individuelle Nettoeinkommen und Abstiegsängste zueinander stehen. **Abbildung 3** zeigt, dass Personen, die der Migration negativ gegenüberstehen, in allen Gehaltsgruppen häufiger Abstiegsängste haben. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Ablehnung von Migration mit steigendem Gehalt sinkt. Eine Ausnahme stellen hier Personen dar, die über 4000 Euro netto monatlich verdienen. In dieser Gruppe steigt die Ablehnung von Migration wieder.

Fazit

Abstiegsängste reflektieren ein Gefühl der sozialen Verunsicherung, das sich in den unteren sozialen Schichten mit einer schwierigen materiellen Situation erklären lässt. Sie betrifft aber auch Personen, die nicht unmittelbar von einem sozialen Abstieg bedroht sind. Dies lässt sich damit erklären, dass sich Abstiegsängste auch aus einem Gefühl des „Ausgeliefertsein“, auch oder besonders am Arbeitsplatz – speisen. Hier ist auffällig, dass insbesondere Erfahrungen, die auf Veränderung von Arbeit aufgrund der Digitalisierung beruhen, Statusverunsicherungen zu befördern scheinen. Menschen mit Abstiegsängsten stehen Migrationsprozessen häufiger ablehnend gegenüber. Für fortschrittliche Politik besteht die Herausforderung darin, zu zeigen, dass zentrale politische Herausforderungen, wie die Digitalisierung, gestaltbar sind, um dem Gefühl des „Ausgeliefertseins“ politische Handlungsfähigkeit entgegenzusetzen. ■

Literatur

- Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias; Niehues, Judith (2016): Parteipräferenz und Einkommen – Die AfD, eine Partei der Besserverdiener? Berlin: IW-Kurzbericht 19/2016.
- Gidron, Noam; Hall Peter A (2017): The politics of social status: economic and cultural roots of the populist right. In: British Journal of Sociology, Jg. 68, Heft S.1, S. 57-84.
- Dörre, Klaus (2016): Die nationalsoziale Gefahr. PEGIDA, neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs

Thesen. In: Rehberg, Karl-Siebert/Kunz Franziska/Schlinzig, Tino (Hrsg.): PEGIDA - Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Bielefeld: Transcript, S. 259-288.

- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Hilmer, Richard; Kohlrausch, Bettina; Müller-Hilmer, Rita; Gagné, Jérémie (2017): Einstellung und Lebenslage – eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung unter besonderer Berücksichtigung von Gewerkschaftsmitgliedern. Ergebnisse einer Online-Befragung. Düsseldorf: Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung.
- Kohlrausch, Bettina (2018): Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Düsseldorf: Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung.
- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 69, Heft 2, S. 209–232.
- Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70, Heft 1.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Auf-begehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Spiegel Online (2017): AfD im Aufwind: „Der Gerechtigkeitwahlkampf der SPD war nicht klug“. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/afd-im-aufwind-der-gerechtigkeitwahlkampf-der-spd-war-nicht-klug-a-1169313.html>, abgerufen 17.10.17.
- Streeck, Wolfgang (2017): The Return of the Repressed. In: New Left Review, Heft 104, S. 5 - 18.